

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/09/2012

**über die öffentliche Sitzung
des Bau- und Planungsausschusses am 20.06.2012,
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 20:00 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Uwe Grassau

Herr Rolf Griesenberg

Herr Rafael Haase

Frau Anna-Margarete Hengstler

Herr Dirk Langbehn

Herr Hartmut Möller

ab 19:25 Uhr, TOP 4

i. V. f. StV Löwer

bis 19:25 Uhr stimmberechtigt

i. V. f. StV Haase

Frau Susanne Philipp-Richter

Herr Heino Wriggers

Bürgerliche Mitglieder

Herr Michael Stukenberg

i. V. f. StV Bellizzi /
beratendes Mitglied

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Dieter Heidenreich

Frau Karen Schmick

Herr Felix Leive

Herr Siegfried Lorenz

Herr Claus Steinkamp

Kinder- und Jugendbeirat /

öffentl. Teil

Seniorenbeirat / öffentl. Teil

Behindertenbeirat / öffentl. Teil

Sonstige, Gäste

Herr Michael Eckwolf

Herr Christoph Kroschke

Herr Christopher Kroschke

Herr Jens Michaelis

GEWIBAU Projektmanagement /
zu TOP 7

zu TOP 8

zu TOP 8

Planungsbüro Michaelis / zu TOP
8

Frau Karin Schliep

Herr Kai Sternberg

Architektin / zu TOP 9

sternberg architekten / zu TOP 7

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Frau Angelika Andres
Frau Annette Kirchgeorg

ab 19:25 Uhr, TOP 4 bis
21:45 Uhr, TOP 9
bis 21:45 Uhr, TOP 9

Frau Christiane Link
Frau Anette Kruse
Herr Ulrich Kewersun

Protokollführer

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi
Frau Monja Löwer

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2012 vom 06.06.2012
4. Antrag der SPD-Fraktion zur Erarbeitung von Konzeptvorschlägen für die Realisierung der Nordtangente **AN/037/2012**
5. Kenntnisnahmen
 - 5.1 Anregungen aus der Bewertung der P+R-Anlagen Ahrensburgs
 - 5.2 Schreiben des Innenministers Schleswig-Holstein zur Fachaufsichtsbeschwerde über die Rampen Klaus-Groth-Straße
 - 5.3 Einzelhandelskonzept für Ahrensburg und Verträglichkeitsgutachten für Fachmärktezentren
 - 5.4 5. Kommunalkonferenz "Mit der Energiewende kommunale Zukunft gestalten" am 07. und 08.11.2012 in Berlin
 - 5.5 Störung der Zugzielanzeiger am Bahnhof Ahrensburg
6. Verschiedenes
 - 6.1 Angedachte ÖPP-Informationsveranstaltung in Ahrensburg
 - 6.2 Nutzung des Lindenhof-Grundstücks angesichts der Nähe zum Bahnhof
 - 6.3 Masterplan Verkehr / Verfahrensdauer
 - 6.4 Sondernutzungen auf der Ostseite der Hagener Allee (Nord)
 - 6.5 Absperrung einer Straßenfläche in der Otto-Siege-Straße
 - 6.6 Bordsteinabsenkung vor dem Dialysezentrum in der Hagener Allee (Nord)
 - 6.7 Geänderte Verkehrsanordnung in Ahrensfelde
 - 6.8 Fehlendes Sackgassenschild im Espluguesring

- 6.9 Erreichbarkeit des Gewerbegebietes Nord / Beimoor-Süd für Radverkehr verbessern
- 6.10 Esplugues-Wappen in der Klaus-Groth-Straße

1. Festsetzung der Tagesordnung

Auf Nachfrage des Vorsitzenden regt die Verwaltung an, die mit Einladung vom 07.06.2012 vorgeschlagene Tagesordnung hinsichtlich des TOP 9 zu verändern: Abgesetzt wird das „Wohnprojekt an der Hamburger Straße (Süd)“, da es noch verwaltungsinternen Abstimmungsbedarf gibt. Stattdessen soll hier neu eingefügt werden das Thema „Baugebiet im Süden Ahrensburgs“.

Da keine weiteren Änderungswünsche vorgetragen werden, wird anschließend in Bezug auf die Tagesordnungspunkte 7 bis 9 ohne weitere Aussprache mit Hinweis auf die überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls und der berechtigten Interessen einzelner über den Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit abgestimmt.

Der BPA stimmt einstimmig und damit mit der gemäß § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Letztlich wird der gesamten Tagesordnung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2. Einwohnerfragestunde

Herr Kausch bezieht sich auf den in der BPA-Sitzung am 06.06.2012 gehaltenen Vortrag über den Entwurf des Einzelhandelskonzeptes für Ahrensburg und bittet die Verwaltung, die Verfasser des Endberichtes den Aspekt mit aufnehmen zu lassen, welchen Einfluss die verlangten Mieten haben auf die gewerbliche Innenstadtentwicklung; beispielhaft wird auf die Entmietung ganzer Ladenzeilen auf der Ostseite des Platzes in der Hagener Allee hingewiesen. Die Verwaltung sagt zu, dieses der CIMA Beratung + Management GmbH aufzugeben.

Frau Mohr und **Familie Writh** sind Anlieger auf der Südseite der Klaus-Groth-Straße. Diese beziehen sich in den überreichten Schreiben auf den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 80 B vom 21.02.2011 und fragen nach dem Verfahrensstand. In beiden Fällen ist man zwecks baldiger Umsetzung der avisierten intensiveren Bebauung der größeren Grundstücke an einem beschleunigten Verfahren interessiert. Die Verwaltung sagt sowohl eine Stellungnahme gegenüber dem Ausschuss als auch eine schriftliche Beantwortung der beiden anfragenden Grundeigentümer zu.

Herr Haering erinnert als Sprecher der IGANO an seinen öffentlichen Brief, auf den Vertreter der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegenüber der Presse Stellung bezogen haben. Auf seine Frage, wie der durch das Neubaugebiet Erlenhof-Süd zu erwartende zusätzliche Kfz-Verkehr im Norden Ahrensburgs abgewickelt werden kann ohne die Nordtangente zu realisieren, verweist der Vorsitzende auf die Gemeindeordnung, wonach Einwohnerfragen an die Verwaltung und nicht an einzelne Fraktionen zu richten sind. Für diese Kommunikation bestehen diverse Möglichkeiten außerhalb von Ausschusssitzungen.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2012 vom 06.06.2012

Auf den Hinweis eines Ausschussmitgliedes reicht die Verwaltung die beiden Lagepläne zur Anmerkung der Verwaltung zum TOP 12.11 (vgl. handschriftliche Seite 48) unter anderem als **Anlage** zu diesem Protokoll nach.

Des Weiteren wird Bezug genommen auf TOP 12.9 und das dort dem Protokoll beigefügte Antwortschreiben an einen Bürger zum Thema Brauner Hirsch und Spechtweg. Die Verwaltung wird gebeten, den Satz „Eine generelle Temporeduzierung auf 30 km/h würde eine komplette Umplanung des Straßenzuges hervorrufen.“ näher zu interpretieren. Dieses sagt sie zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Damit eine Geschwindigkeit von 30 km/h angeordnet werden kann und von den Verkehrsteilnehmern auch Akzeptanz findet, muss der Straßenraum dies widerspiegeln. Bei der Straße Brauner Hirsch ist hier besonders der Kreisverkehr, die Radverkehrssituation, die Gestaltung des Ortseinganges und die beiden unterschiedlich gestalteten Straßenabschnitte zu betrachten.

Besonders ist aber die Funktion der Straße im Gesamtstraßennetz der Stadt Ahrensburg in die Prüfung mit einzubeziehen (vgl. BPA-Protokoll vom 19.11.2008).

Da keine weiteren Einwendungen, gilt das Protokoll unter Ergänzung der beiden Lagepläne als genehmigt.

4. Antrag der SPD-Fraktion zur Erarbeitung von Konzeptvorschlägen für die Realisierung der Nordtangente AN/037/2012

Der Vorsitzende bezieht sich auf die bereits in der örtlichen Presse stehende Ankündigung rechtlich prüfen zu lassen, ob der Antrag AN/037/2012 tatsächlich abschließend im BPA beraten werden kann. Hierzu ist heute bei ihm folgende rechtliche Auskunft per E-Mail eingegangen:

Zu Ihrer telefonischen Anfrage vom 19.06.12 teile ich Ihnen mit, dass der Antrag im Bau- und Planungsausschuss zwar beraten, aber abschließend nur in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden kann. Der Grundsatzbeschluss zur Nordtangente in der Stadtverordnetenversammlung vom 23.05.2011 setzt als Konzept den Bau einer Gemeindestraße nach einvernehmlicher Gebietsänderung mit Delingsdorf voraus. Da ein Einvernehmen zwischen Delingsdorf und Ahrensburg nicht zustande gekommen ist, zielt der SPD-Antrag ab auf die Realisierung der Nordtangente auf andere Weise ohne Gebietsänderungsvertrag mit Delingsdorf. Der Bau- und Planungsausschuss kann aber nicht die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung abändern.

Die Verwaltung bezieht sich auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23.04.2012, wonach das Verhandlungsergebnis mit Delingsdorf abgelehnt wird. Wie am 25.04.2012 im BPA klargestellt, ruht seit dem das Verfahren; bereits in der BPA-Sitzung am 15.02.2012 hatte die Verwaltung anhand des Antrages AN/017/2012 berichtet, dass der wirtschaftliche Mitteleinsatz gebietet, mit der Planung zur Nordtangente erst fortzuführen, wenn sich ein Verhandlungsergebnis mit der Gemeinde Delingsdorf abzeichnet.

Seit dem sind 3 Aspekte angerissen worden:

1. Im Rahmen des Auftaktgespräches mit den Verantwortlichen für das S 4-Projekt und deren Vorentwurfsplanung wurde – wie bereits im BPA am 06.06.2012 berichtet – darum gebeten, den Flächen- und Erschließungsbedarf für die nördlich des Bahnhaltepunktes Ahrensburg-Gartenholz geplante Abstell- und Werkanlage darzustellen.
2. Mit der Gemeinde Delingsdorf wurde ein Schriftwechsel geführt, der ebenfalls am 06.06.2012 dem BPA bekanntgegeben wurde und zum Inhalt hat, dass der Beschluss der Gemeindevertretung Delingsdorf Bestand hat und es einer Willensbekundung der Stadtverordnetenversammlung bedarf.
3. Der Artikel im Hamburger Abendblatt, Stormarner Teil, vom 01.06.2012 mit der Ankündigung eines Antrages über die Trägerschaft des Straßenbauprojektes Nordtangente veranlasste die Verwaltung, Kontakt zum Wirtschafts- und Verkehrsministerium Schleswig-Holstein aufzunehmen. Nach 2 Telefongesprächen und der Übersendung von Unterlagen zur Ausgangslage kam man überein, Ende Juli/Anfang August 2012 in einem Gespräch die Situation und mögliche Lösungsansätze

zu erörtern. Die Ansprechpartner beim Land machten jedoch deutlich, dass unabhängig von der Detaillösung der Wille der Stadtverordnetenversammlung zugunsten der Nordtangente in Form von Mehrheitsbeschlüssen erforderlich ist.

Klargestellt wird abschließend, dass die Stadtverordnetenversammlung auf jeden Fall einzuschalten ist, wenn die Trägerschaft der Gemeinde und der vorgegebene Trassenkorridor im Endeffekt in Frage gestellt werden.

Im Rahmen der anschließenden Verständnisfragen wird festgestellt, dass die Nordtangente auf jeden Fall eine überörtliche Bedeutung hat und dies Voraussetzung ist für die umfangreiche GVFG-Förderung. Sollte die Trägerschaft von einer anderen Gebietskörperschaft übernommen werden können, wäre diese für die Beantragung des Planfeststellungsbeschlusses verantwortlich, wobei im Verfahren dieselben Grundsätze gelten wie beim Verfahren für eine Gemeindestraße.

Nach einer 5-minütigen Auszeit zur internen Beratung über die neue Formulierung des Antrages und dem Austausch verschiedener Meinungen, ob abschließend über den Antrag AN/037/2012 der SPD-Fraktion abgestimmt werden darf, kommt man auf Vorschlag der Verwaltung überein, das aus § 65 Abs. 1 Satz 4 Nr. 2 GO folgende eigenständige Initiativrecht des Bürgermeisters zum Anlass zu nehmen, das Verwaltungsgespräch mit dem Ministerium abzuwarten. Eine Mehrheit des Ausschusses hält es für geboten, diese Initiative per Beschluss zu unterstützen.

Der Beschlussvorschlag zur Nordtangente lautet dementsprechend in Abänderung des Antrages AN/037/2012 der SPD-Fraktion:

Der Bau- und Planungsausschuss der Stadt Ahrensburg begrüßt die Initiative der Verwaltung, mit dem Verkehrsministerium Gespräche über die Trägerschaft und die Trassenführung zu führen.

Abstimmungsergebnis:

**7 dafür
2 dagegen**

5. Kenntnisnahmen

5.1 Anregungen aus der Bewertung der P+R-Anlagen Ahrensburgs

Die Verwaltung bezieht sich auf die in den letzten Tagen vorgenommene Bewertung der P+R-Anlagen durch die örtliche Presse, die nur eine begrenzte Aussagekraft habe. In Bezug auf den Bahnhofspunkt Ahrensburg-Gartenholz wurde von der Verwaltung folgendes veranlasst:

1. Mit der DB Station und Service wurde abgestimmt, dass deren Vitrinen für den Aushang eines Stadt-/Orientierungsplanes genutzt werden könne.
2. An den Türen der Fahrradboxen werden Schilder mit dem Hinweis angebracht, welche Stelle innerhalb des Rathauses für die Vermietung der Boxen verantwortlich ist.
3. Der Fachbereich Bauen prüft die Installation eines Hinweisschildes an der B 75 auf den Bahnhofspunkt.

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt hiervon zustimmend Kenntnis.

5.2 Schreiben des Innenministers Schleswig-Holstein zur Fachaufsichtsbeschwerde über die Rampen Klaus-Groth-Straße

Auf die Fachaufsichtsbeschwerde eines Ammersbeker Bürgers hat der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein nunmehr mit Schreiben vom 09.05.2012 reagiert; dieses Schreiben ist dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

5.3 Einzelhandelskonzept für Ahrensburg und Verträglichkeitsgutachten für Fachmärktezentren

In Bezug auf die in der BPA-Sitzung am 06.06.2012 vorgestellte Präsentation der CIMA Beratung + Management GmbH, Lübeck, bietet der FB IV/FD IV.2 bei Rück- oder Verständnisfragen an, diese etwa in den anstehenden Fraktionssitzungen zu klären.

Erinnert wird daran, dass entsprechend des Zeitplanes hierüber anhand einer Vorlage am 15.08.2012 im Bau- und Planungsausschuss abschließend beraten werden soll, um eventuell bereits Ende August zu einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu kommen.

5.4 **5. Kommunalkonferenz "Mit der Energiewende kommunale Zukunft gestalten" am 07. und 08.11.2012 in Berlin**

Die Verwaltung macht auf die Einladung zu folgender Veranstaltung aufmerksam:

5. Kommunalkonferenz "Mit der Energiewende kommunale Zukunft gestalten" mit Preisverleihung zum Wettbewerb "Kommunaler Klimaschutz 2012" 7. und 8. November 2012 in Berlin, Humboldt Carré

Sehr geehrte Damen und Herren,

die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende ist eine Herausforderung, bei der gerade den Kommunen eine bedeutende Rolle zukommt. Mit welchen Strategien, Planungen und Projekten wollen die Kommunen eine klimafreundliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung für die Zukunft erreichen? Antworten auf diese Fragen stehen im Fokus der diesjährigen Kommunalkonferenz, die das Bundesumweltministerium gemeinsam mit der "Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz" und den kommunalen Spitzenverbänden veranstaltet.

Mittwoch, 7. November 2012 (Einlass: ab 14:00 Uhr)

- Gastredner Bundesumweltminister Peter Altmaier
- Podiumsdiskussion zu Stand und Herausforderungen der Energiewende mit Bundesumweltminister Peter Altmaier; Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetages; Hans Jörg Duppré, Präsident des Deutschen Landkreistages; Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie weiteren Vertretern aus Politik und Wissenschaft
- Preisverleihung zum Wettbewerb "Kommunaler Klimaschutz 2012"
- Empfang zu Ehren der Preisträger (ab 18:00 Uhr)

Donnerstag, 8. November 2012 (09:30 – 12:30 Uhr)

- Fachforen zu den Themen:
 - Zukunft der kommunalen Energieversorgung
 - Wie viel Energie brauchen wir?
 - Kommunaler Masterplan: 100 Prozent Klimaschutz

Wir bitten Sie, den Termin vorzumerken und würden uns freuen, Sie auf der Kommunalkonferenz begrüßen zu können. Das vollständige Programm sowie das Anmeldeformular werden Ihnen rechtzeitig vor der Veranstaltung zugesandt. Die Teilnahme ist kostenlos; die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Informationen zur Konferenz finden Sie auch unter <http://www.kommunaler-klimaschutz.de/veranstaltungen/2012/11/kommunalkonferenz-2012.html>.

5.5 Störung der Zugzielanzeiger am Bahnhof Ahrensburg

In Bezug auf die von Einwohnern in der Bau- und Planungsausschusssitzung am 06.06.2012 vorgetragenen Ausfälle von Zugzielanzeigern am Bahnhof Ahrensburg gibt die Verwaltung nunmehr die Stellungnahme der DB Station und Service AG bekannt:

Die Störung der Zugzielanzeige im städtischen Tunnel „Hagener Allee“ des Bahnhofes Ahrensburg ist uns bekannt. Aufgrund von Liefer-schwierigkeiten in der Ersatzteilbeschaffung wird die Reparatur der Zuganzeiger Mitte der 26. Kalenderwoche 2012 durchgeführt.

Bis zum 29.06.2012 steht unseren Reisenden dann wieder eine funkti-onstüchtige Zugzielanlage zur Verfügung.

6. Verschiedenes

6.1 Angedachte ÖPP-Informationsveranstaltung in Ahrensburg

Die VBD Beratungsgesellschaft für Behörden mbH hat die Stadt Ahrensburg beraten bei der Finanzierung und Realisierung der Projekte Turnhalle Selma Lagerlöf Gemeinschaftsschule und Peter-Rantzau-Haus. Diese ÖPP-Projekte werden nunmehr zum Anlass genommen, für die Durchführung einer Informationsveranstaltung, in der - wie dem als **Anlage** beigefügten Schreiben ent-nommen werden kann – auch die Stadt Ahrensburg eingebunden werden soll.

Nach kurzer Erörterung der Ausgangslage kommen Bau- und Planungsaus-schuss und Verwaltung zu der übereinstimmenden Auffassung, bei der Infor-mationsveranstaltung nicht aktiv mitzuwirken.

6.2 Nutzung des Lindenhof-Grundstücks angesichts der Nähe zum Bahnhof

Angesichts der in den bereits unter TOP 5.1 erwähnten Artikel über die Gesamtsituation an P+R-Anlagen kommt ein Ausschussmitglied zurück auf die bauliche Entwicklung des Lindenhof-Grundstückes und appelliert daran, dessen Nähe zum Bahnhof Ahrensburg insofern zu berücksichtigen, als der Flächenbedarf im Umfeld des Bahnhofes ganzheitlich betrachtet nochmals näher untersucht werden sollte, vor einem möglichen Verkauf.

6.3 Masterplan Verkehr / Verfahrensdauer

Ein Ausschussmitglied erinnert an die zuletzt vor zehn Jahren vorgenommenen Fortschreibungen zum Generalverkehrsplan, die im Gegensatz zur jetzt beauftragten Neuerstellung des Masterplanes Verkehr innerhalb eines angemessenen Zeitraumes abgeschlossen werden konnten. Ausgehend von dem Grundsatzbeschluss im Februar 2010 sei seines Erachtens trotz der umfangreichen Erhebungen eine zu lange Zeit vergangen, vor der Ende dieses Jahres zu erwartenden Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung.

Die Verwaltung kann die Kritik zum Teil nachvollziehen und bemerkt, dass eine Beratung in der Bau- und Planungsausschusssitzung am 05.09.2012 geplant ist.

6.4 Sondernutzungen auf der Ostseite der Hagener Allee (Nord)

Ausschussmitglieder schildern ihre Erfahrungen mit den die Nebenanlagen auf der Ostseite der Hagener Allee (Nord) einengenden Sondernutzungen und erkundigen sich speziell nach den dem Eispavillon und dem Blumenhandel zur Verfügung gestellten Straßenflächen.

Die Verwaltung sagt zu, dem Protokoll Lagepläne beizufügen (**Anlage**), denen auch die verbleibenden Nutzungsbreiten zu entnehmen sind.

Anmerkung der Verwaltung:

Zwischen der Baumscheibe der Kastanie und der Sondernutzungsfläche des Eispavillons sollte nach der Planung eine 3 m breite Trasse frei bleiben für den Fußgänger- und Radfahrverkehr. Diese Breite wird zeitweise weiter eingeschränkt durch den Eisverkauf und die Nutzung der

um die Baumscheibe aufgestellten Sitzbänke.

Das Blumengeschäft hat lediglich eine Sondernutzung erhalten für die unbefestigten Flächen zwischen Geh- und Radweg.

Anzumerken bleibt, dass die Fläche direkt vor dem Gebäude in einer Tiefe von 2 m dem Grundstückseigentümer gehört.

In Zeiten, in denen das Pflanzenangebot sehr hoch ist, kommt es gelegentlich vor, dass die Flächen ausgedehnt werden. Die Bauverwaltung wird den Nutzungsnehmer anschreiben und auf die Einhaltung der Sondernutzungsfläche hinweisen.

6.5 Absperrung einer Straßenfläche in der Otto-Siege-Straße

Ein Ausschussmitglied schildert, dass zwischen der Otto-Siege-Straße und der DB-Bahnstrecke eine größere Fläche eingezäunt und offensichtlich gewerblich genutzt wird. Es bittet um Klärung, ob es sich hierbei um eine genehmigte Sondernutzung handelt.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Bei der gegenüber der südlichen Einmündung des Nordstrandringes gelegenen Fläche (bestehend aus den Flurstücken 498 und 500) handelt es sich um eine im Privatbesitz befindliche Fläche, die durch einen höheren Maschendrahtzaun abgegrenzt ist.

6.6 Bordsteinabsenkung vor dem Dialysezentrum in der Hagener Allee (Nord)

Herr Steinkamp dankt auch im Namen des Behindertenbeirates dem Ausschuss und der Stadtverwaltung für das unverzügliche Aufgreifen der genannten Kritikpunkte entsprechend des in der Bau- und Planungsausschusssitzung am 06.06.2012 unter TOP 13.3 gehaltenen Berichtes.

Ergänzend bittet er darum, auf der Ostseite der Hagener Allee Nord vor dem dortigen Dialysezentrum eine Bordsteinabsenkung vorzunehmen. Wie die Verwaltung hierzu berichtet, besteht eine derartige Absenkung. Man werde den Hinweis jedoch zum Anlass nehmen, die Gesamtsituation in Augenschein zu nehmen und zu überprüfen.

6.7 Geänderte Verkehrsanordnung in Ahrensfelde

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes nach der geänderten Verkehrsanordnung im Ortsteil Ahrensfelde merkt die Verwaltung an, dass man damit dem Ergebnis einer Fachaufsichtsbeschwerde nachgekommen ist, über die im nicht öffentlichen Teil der Bau- und Planungsausschusssitzung am 11.01.2012 (vgl. Protokoll Nr. 1/2012, TOP 13.1, handschriftliche Seiten 31 bis 33) informiert wurde. Danach ist der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein zu der Auffassung gekommen, dass fachaufsichtlich die Vorfahrt im Kreuzungsbereich der Dorfstraße mit den Straßen Up'n Barg und Teichstraße zugunsten der heute von rechts anmündenden Straßen zu ändern ist.

Die Verwaltung sieht keine Möglichkeit, diese Rechtsauffassung derzeit zu hinterfragen, weist jedoch sogar auf evtl. darüber hinausgehende andere Auslegungen zur Geschwindigkeitsbegrenzung hin.

6.8 Fehlendes Sackgassenschild im Espluguesring

Ein Ausschussmitglied bittet darum, durch das Aufstellen eines Sackgassenschildes im Innenbereich des Espluguesringes zu verdeutlichen, dass die Durchfahrt der querenden Trasse durch einen größeren Findling verhindert wird.

6.9 Erreichbarkeit des Gewerbegebietes Nord / Beimoor-Süd für Radverkehr verbessern

Mehrere Ausschussmitglieder bitten darum, durch diverse Einzelmaßnahmen dafür zu sorgen, dass das Gewerbegebiet Nord und das Gebiet Beimoor-Süd für den Radverkehr besser erreicht werden kann. Dieses gelte sowohl für Radfahrer aus Delingsdorf, die derzeit noch die B 75 bis zum Alten Postweg nutzen müssen. Darüber hinaus wird an die Planungen erinnert, die DB-Bahnstrecke queren zu können auf Höhe der heutigen Kehre Am Weinberg sowie eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke über den Ostring in das Gebiet Beimoor-Süd zu führen.

6.10 Esplugues-Wappen in der Klaus-Groth-Straße

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf die bereits während der Einweihung geäußerte Kritik zur Ausfertigung des Esplugues-Wappens in der Klaus-Groth-Straße und bittet die Verwaltung zu berichten, ob die unebene Form der Ausfertigung einen Mangel im rechtlichen Sinne darstellt, der während der Gewährleistung behoben werden muss.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:00 Uhr.

gez. Jörg Hansen
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer